

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i>	V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XVII

Einleitung

Teil 1

Die Übernahme des Mandats

I. Rechtlicher Charakter des Mandatsverhältnisses	5
II. Freiheit in der Mandatsübernahme	7
1. Persönliche Eigenheiten	7
2. Gesetzliche Vorschriften	9
3. Berufsrechtliche Grundsätze	15
4. Das Institut der Pflichtverteidigung	17
III. Die Verteidigung von Unternehmen und Unternehmensinteressen ...	19
1. Die Verteidigung von Unternehmen	19
2. Besondere Anforderungen und Komplexität der Materie/Mitarbeitervertretung/Zeugensbegleitung	20
IV. Die Form der Mandatsübernahme	21
1. Die Beauftragungssituation	21
2. Die schriftliche Vollmacht	24
3. Vergütungsfragen	26
4. Die schriftlichen Mandatsbedingungen	27
V. Das Berufsrisiko des Strafverteidigers	29
1. Besondere strafrechtliche Risiken	32
a) § 258 StGB	32
b) § 203 StGB	34
c) § 356 StGB	36
d) §§ 185 ff. StGB	37
e) § 261 StGB	39
2. Vorgaben des GWG	39
3. Zivilrechtliche Risiken	40

Teil 2

Pflichtverteidigung

I. Grundsätzliches zum Institut der Pflichtverteidigung	45
1. Begriff und Bedeutung	45
2. Übernahme von Pflichtmandaten durch den Verteidiger	48
3. Neuregelung im Jahr 2019	50
II. Fälle der notwendigen Verteidigung	51
1. Anwendungsbereich des § 140 StPO	51
2. Katalog des § 140 Abs. 1 StPO	52
a) Nr. 1: Voraussichtliche Hauptverhandlung im ersten Rechtszug vor dem Schöffengericht, dem LG oder dem OLG	52
b) Nr. 2: Verbrechensvorwurf	53
c) Nr. 3: Wahrscheinliches Berufsverbot	54
d) Nr. 4: Entscheidung über Haft oder einstweilige Unterbringung	54
e) Nr. 5: Haft oder sonstiger Freiheitsentzug	55
f) Nr. 6: Mögliche Unterbringung	56
g) Nr. 7: Voraussichtliches Sicherungsverfahren	56
h) Nr. 8: Ausschluss des bisherigen Verteidigers	57
i) Nr. 9: Beiordnung eines Rechtsanwalts für den Nebenkläger oder nebenklageberechtigten Verletzten	57
j) Nr. 10: Bedeutende richterliche Vernehmung	58
k) Nr. 11: Seh-, Hör- oder Sprachbehinderung des Beschuldigten	59
3. Generalklausel des § 140 Abs. 2 StPO	59
a) Schwere der Tat und der zu erwartenden Rechtsfolge	60
aa) Straferwartung von mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe	60
bb) Sonstige Rechtsfolgen im oder außerhalb des Strafverfahrens	61
b) Schwierigkeit der Sach- oder Rechtslage	62
aa) Schwierige Sachlage	62
bb) Schwierige Rechtslage	64
c) Ersichtliche Unfähigkeit des Beschuldigten, sich selbst zu verteidigen	65
4. Ergänzende Vorschriften	67
III. Bestellung des Pflichtverteidigers	69
1. Arten der Bestellung	70
a) Bestellung auf Antrag des Beschuldigten (§ 141 Abs. 1 StPO)	70
aa) Voraussetzungen	70
bb) Zeitpunkt der Bestellung	73

b) Bestellung von Amts wegen (§ 141 Abs. 2 StPO)	76
aa) Fälle	77
bb) Zeitpunkt der Bestellung	79
2. Verfahren	80
a) Antragstellung	80
b) Zuständiges Gericht	81
c) Eilzuständigkeit der Staatsanwaltschaft	81
3. Auswahl des Pflichtverteidigers	82
a) Bestellung des bezeichneten Verteidigers	82
b) Ablehnung des bezeichneten Verteidigers	83
c) Auswahl eines nicht bezeichneten Verteidigers	85
4. Rechtsmittel	86
5. Sonderfall der rückwirkenden Bestellung	87
IV. Durchführung der Pflichtverteidigung	89
1. Besonderheiten gegenüber der Wahlverteidigung	89
2. Umfang	90
3. Sicherungsverteidigung	91
V. Beendigung der Pflichtverteidigung	92
1. Einstellung oder Rechtskraft	92
2. Fortfall der notwendigen Verteidigung	92
3. Verteidigerwechsel	93
a) Mandatierung eines Wahlverteidigers	94
b) Auswechslung des Pflichtverteidigers	94
4. Wegfall der speziellen Voraussetzungen der Sicherungsverteidigung	97
5. Ablehnung durch den Verteidiger	97

Teil 3

Die ersten Tätigkeiten des Verteidigers

I. Die Tätigkeiten nach innen	101
1. Das allererste Gespräch	101
2. Das erste Gespräch	105
II. Die Tätigkeiten nach außen	115
1. Das Bestellungsschreiben	115
2. Der Griff zum Telefon	122
3. Technische Maßnahmen	123

Teil 4

Das Verschaffen von Informationen

I. Akteneinsicht	127
1. Grundsätzliches	127

2. Gegenstand der Akteneinsicht	128
3. Gewährung der Akteneinsicht	135
4. Die elektronische Akte	144
5. Versagung der Akteneinsicht	145
6. Umgang mit den Akten	150
7. Auswertung der Akteneinsicht	156
8. Verschiedenes	162
II. Unterredung mit dem Mandanten	165
III. Eigene Ermittlungen	168
1. Die rechtliche Zulässigkeit	169
2. Die praktische Notwendigkeit	170
3. Die tatsächliche Handhabung	171
4. Die Befragung von Zeugen	174
5. Die Verwertung der Erkenntnisse	182
IV. Der Austausch mit anderen Verteidigern	182
V. Die Tätigkeit des Strafverteidigers bei der Verteidigung von Unternehmen und Vertretung von Unternehmensinteressen	185
1. Die strategische Ausrichtung der Beratung	188
2. Firmeninterne Aufklärung und eigene Ermittlungen bei Vertretung und Verteidigung von Unternehmen	189
3. Die Befragung von Mitarbeitern und potentiellen Zeugen	191
4. Verwertung der Erkenntnisse	193

Teil 5

Die Verteidigungsstrategie

I. Das Ziel	197
1. Einstellung des Verfahrens	198
2. Erlass eines Strafbefehls	204
3. Vorbereitung der Hauptverhandlung	206
II. Die Methode der Strategie	206
1. Verfahrensverzögerung	206
2. Schweigen des Beschuldigten	209
3. Einlassung des Beschuldigten	213
a) Die persönliche Einvernahme des Beschuldigten und die Videoaufzeichnung	214
b) Die Videovernehmung des Beschuldigten in räumlich getrennten Situationen	214
c) Polizeiliche Vernehmung	215
d) Staatsanwaltschaftliche Vernehmung	229
e) Richterliche Vernehmung	230

f) Schriftliche Äußerung	231
4. Beantragung von Ermittlungen	234
5. Teilnahme an Ermittlungen	238
6. Kontakte mit dem Geschädigten	248
a) Ziele der Kontaktaufnahme	249
b) Die Art und Weise der Kontaktaufnahme	253
c) Der richtige Zeitpunkt der Kontaktaufnahme	255
d) Muster	255
7. Gespräche mit dem Staatsanwalt	258
8. Vereinbarungen mit dem Staatsanwalt	261
9. Verteidigungsschrift	264
a) Verfahrenseinstellung gem. § 170 Abs. 2 StPO	269
b) Verfahrenseinstellung gem. § 153 StPO	273
c) Verfahrenseinstellung gem. § 153a StPO	281
d) Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	293
III. Der Umgang mit den Medien	297

Teil 6

Verteidigung gegen Zwangsmaßnahmen

I. Die Durchsicherung (§§ 102 ff. StPO)	302
1. Praktische Hinweise zur Durchsicherung	302
2. Allgemeines zur Durchsicherung	305
3. Die Durchsicherungsobjekte	306
4. Geschützte Durchsicherungsbereiche	308
5. Die materiellen Voraussetzungen für die Durchsicherungsanordnung	309
a) Die Durchsicherung nach § 102 StPO	309
b) Die Durchsicherung nach § 103 StPO	314
6. Die formellen Voraussetzungen für die Durchsicherungsanordnung	319
a) Die richterliche Anordnung der Durchsicherung und die Eilkompetenz nichtrichterlicher Organe	320
b) Die stillschweigende Anordnung der Durchsicherung durch andere Maßnahmen und das Einverständnis des Betroffenen ..	325
7. Der Vollzug der Durchsicherungsanordnung – Verteidigerverhalten	326
a) Durchsicherungen zur Nachtzeit	327
b) Bekanntgabe des Durchsicherungszwecks	327
c) Anwesenheitsrechte und Hinzuziehung von Personen	328
aa) Die Verfahrensbeteiligten	329
bb) Der Betroffene	330
cc) Die Durchsicherungszeugen	331

dd) Andere Personen als sachverständige Helfer	332
d) Die Anwendung unmittelbaren Zwangs	333
e) Die Durchsicht von Unterlagen nach § 110 StPO	334
8. Das Durchsuchungsprotokoll und der Umgang mit den aufzu- findenden und aufgefundenen Beweismitteln	339
9. Rechtsfolgen unrechtmäßiger Durchsuchungen – Verwertungs- verbote	340
10. Rechtsschutzmöglichkeiten	342
II. Die Sicherstellung und die Beschlagnahme (§§ 94 ff. StPO)	342
1. Die formellen Voraussetzungen der Beschlagnahme	345
2. Die materiellen Voraussetzungen der Beschlagnahme	347
a) Beweisgegenstände	347
b) Beweisbedeutung für das Ermittlungsverfahren	349
c) Verhältnismäßigkeit	350
d) Die Beschlagnahmeverbote	354
aa) Die Regelung des § 97 StPO	354
bb) Ungeschriebene Beschlagnahmeverbote	366
3. Der Vollzug der Beschlagnahme	370
a) Das Beschlagnahme- und/oder Sicherstellungsverzeichnis	371
b) Beendigung der Beschlagnahme	372
4. Die heimliche Beschlagnahme; Offenbarungsverbot	372
III. Die vorläufige Vermögensziehung (§§ 111b ff. StPO)	373
1. Einleitung	374
2. Ziel der Reform der Vermögensabschöpfung zum 01.07.2017	375
3. Wesentliche materiell-rechtliche Änderungen	375
IV. Rechtsschutzmöglichkeiten gegen Durchsuchung und/oder Beschlagnahme	377
V. Führerscheinmaßnahmen	381
1. Allgemeines	382
2. Voraussetzungen	383
3. Muster	386
VI. Vorläufiges Berufsverbot	389
VII. Maßnahmen gegen die persönliche Freiheit	390
VIII. Maßnahmen gegen die Person	391
1. Maßnahmen zur Identifizierung und erkennungsdienstliche Behandlung (§§ 81b, 163b, 163c StPO)	392
a) Zulässige und unzulässige Maßnahmen	394
b) Verwendung der erhobenen Daten und Erkenntnisse	396
c) Rechtsschutz	397
2. Identifizierungsgegenüberstellung (§ 58 Abs. 2 StPO)	397

3. Körperliche Untersuchung (§ 81a StPO)	400
a) Die materiellen Anordnungsvoraussetzungen	405
b) Formellen Anordnungsvoraussetzungen	407
c) Der Vollzug der Maßnahme nach § 81a StPO	409
d) Verwertungsverbote	410
e) Verwendungsverbot und Vernichtungsgebot	411
f) Rechtsschutz	412
4. Molekulargenetische Untersuchung (DNA-Identifizierung, § 81e StPO)	412
a) Materielle Anordnungsvoraussetzungen	413
b) Formelle Anordnungsvoraussetzungen	415
c) Rechtsschutz	416
5. Die DNA-Feststellung für zukünftige Strafverfahren (§ 81g StPO)	416
a) Materielle Anordnungsvoraussetzungen	418
b) Formelle Anordnungsvoraussetzungen	420
c) Rechtsschutz	421
6. Die molekulargenetische Reihenuntersuchung (§ 81h StPO)	421
7. Unterbringung zur Beobachtung (§ 81 StPO)	423
IX. Überwachung von Personen durch Personen	426
1. Allgemeines	426
a) Verdeckte Ermittler	429
b) Vertrauenspersonen	433
2. Die polizeiliche Beobachtung (§ 163e StPO)	434
3. Die längerfristige Observation (§ 163f StPO)	435
4. Kontrollstellen (§ 111 StPO)	436
5. Die (Schlepp)Netzfahndung (§ 163d StPO)	437
X. Überwachung von Personen durch Angriffe auf Telekommunikationsvorgänge und -daten (§§ 100a ff. StPO)	438
1. Allgemeines und Dogmatik	438
a) Der Begriff der Telekommunikation	442
aa) Raumesprache, Hintergrundgespräche und sonstige Geräusche im Hintergrund	443
bb) E-Mail-Verkehr	444
cc) Positions- und Standortmeldungen von Mobiltelefonen im Stand-by-Modus	445
dd) Der Schutz von Mailboxen	446
ee) Der Bereich des Internets und der Internet-Telefonie	446
b) Die materiellen Anordnungsvoraussetzungen	447
c) Zielpersonen und Reichweite der Maßnahme	449
d) Die formellen Überwachungsvoraussetzungen	457
e) Der Vollzug der Telefonüberwachung	458

f) Rechtsschutz	459
2. Telekommunikationsbestandsdaten (§ 100j StPO)	459
3. Telekommunikationsverkehrsdaten (§ 100g StPO)	461
4. IMSI-Catcher (§ 100i StPO)	462
XI. Die verdeckte IT-Durchsuchung (Trojaner)	463
XII. Überwachung von Personen durch andere technische Mittel	469
1. Fahndungsmaßnahmen (§§ 131 ff. StPO)	469
2. Die Rasterfahndung (§§ 98 a-c StPO)	469
3. Bildaufnahmen und sonstige besondere für Observationszwecke bestimmte technische Mittel (§ 100h StPO)	470
4. Akustische Überwachung des nicht öffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen (Der „kleine“ Lauschangriff, § 100f StPO)	472
5. Akustische Überwachung des nicht öffentlich gesprochenen Wortes innerhalb von Wohnungen (Der „große“ Lauschangriff, § 100c StPO)	474
a) Materielle Anordnungsvoraussetzungen	474
b) Formelle Anordnungsvoraussetzungen	476
c) Fehler bei der akustischen Wohnraumüberwachung	477
6. Kontenabfrage/Ermittlungen bei Kreditinstituten	477
XIII. Übersicht Rechtsschutzmaßnahmen	480

Teil 7

Europäische und internationale Einflüsse

I. Grundlagen	484
II. Rechtssetzungsbefugnis der EU und bedeutsame Rechts- entwicklungen	485
III. Europäische Ermittlungsanordnung (EEA)	488
IV. Europäisches Unternehmensregister	489
V. Der europäische Haftbefehl	489
VI. Strafrechtliche europäische Institutionen und der IStGH	491
1. OLAF (Office européen de lutte anti-fraude)	491
2. Europäische Staatsanwaltschaft (EU StA)	492
a) Örtliche Zuständigkeit der EU StA	492
b) Sachliche Zuständigkeit der EU StA	493
c) Ausübung der Zuständigkeit durch den EU StA	494
d) Das Ermittlungsprivileg der EU StA	495
e) Zuständigkeitsstreit und Rechtsmittel	495
f) Abschluss der Ermittlungen und weiteres Verfahren	496
3. Europol	497

4. Eurojust	498
5. IStGH	500

Teil 8
Die Vergütung

I. Grundsätzliches	501
II. Die besondere Problematik im Ermittlungsverfahren	501
III. Die verschiedenen Grundlagen der Vergütung	503
1. Die „gesetzlichen“ Gebühren des Wahlverteidigers	504
2. Vergütung des Pflichtverteidigers	505
a) Pflichtverteidigergebühren nach dem Vergütungsverzeichnis des RVG	506
b) Höhere Vergütung	507
c) Muster einer Vergütungsvereinbarung bei Pflichtverteidigung ..	510
3. Die vereinbarten Gebühren des Verteidigers – Vergütungsvereinbarungen	512
a) Vorüberlegungen	512
b) Die Stundenvergütung	514
c) Die Pauschalvergütung	522
d) Das Erfolgshonorar	522
e) Die Form der Vergütungsvereinbarung	524
f) Muster	526
4. Einzelfragen	529
a) Kostenvorschuss	529
b) Erstattung von Verteidigungskosten durch Dritte	530
c) Rechtsschutzversicherungen	532
d) Steuerrechtliche Behandlung von Verteidigungskosten	533
e) Geldwäsche und Verteidigerhonorar	537
aa) Vorgaben der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	537
bb) Vorgaben des GWG	540
f) Mandatsniederlegung	540
<i>Literaturverzeichnis</i>	543
<i>Stichwortverzeichnis</i>	547